



Die Niedersachsen Union

Niedersachsen geht voran – Unser Weg aus der Krise.

Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung – Mit Innovation in die Zukunft.

Leitantrag des Landesvorstandes an den
Landesparteitag der CDU in Niedersachsen
am 6./7. November 2020 in Lingen

Niedersachsen geht voran – Unser Weg aus der Krise.

Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung – Mit Innovation in die Zukunft.

Unser Auftrag

Wir wollen, dass Niedersachsen Motor und Katalysator für den Weg aus der Krise ist und unsere Resilienz gegen pandemische Krisen stärkt. Es geht nicht um alte Ideen oder Lösungen der Vergangenheit, sondern es geht darum, neue Freiräume und einen Vorsprung zu entwickeln, der unseren Unternehmen den Weg in die Zukunft sichert, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Wohlstand für alle Niedersachsen schafft.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass unsere Arbeitsplätze, unsere mittelständischen Unternehmen, unsere Industrie und unser gesellschaftliches Leben in kürzester Zeit gefährdet sein können. Arbeitnehmer, Arbeitgeber, unsere Unternehmen und die öffentliche Hand stehen jetzt vor enormen Herausforderungen. Neben der Transformation zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft müssen wir auch Vorsorge für künftige Krisen treffen. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Standortes Niedersachsen insgesamt sichern. Damit schaffen wir hochwertige Arbeitsplätze und erhalten unseren Wohlstand. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefördert und die Souveränität staatlichen Handelns und politische Gestaltungsfähigkeit gesichert.

Auch die internationale Politik bleibt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht verschont. Harte wirtschaftliche und soziale Einschnitte und ein sinkender Ölpreis erschweren die Kooperation auf globaler Ebene. Angesichts wachsender Systemkonkurrenzen und politischer Spannungen - unter anderem zwischen den USA und der Volksrepublik China - sind Deutschland und Europa mehr und mehr auf sich allein gestellt und müssen mehr als bislang eine souveräne und aktive Rolle auf der Weltbühne einnehmen.

Unsere Antwort

1. Ein starkes Europa

Wir stehen gemeinsam vor einer historischen Herausforderung. Jetzt gilt es, die Weichen für ein starkes Europa - mit Deutschland als starkem Impulsgeber und Motor - zu stellen. Hierzu zählen die weitere Vertiefung des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Zukunftsthemen wie Digitalisierung, die bessere Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit und der Migrations- und Asylpolitik, Klimaschutz und der Ausbau europäischer und internationaler Hochschulpartnerschaften und grenzüberschreitender Kooperationen von Forschungsverbänden.

2. Eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik

Wir brauchen eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik, die uns mit existenziell wichtigen Gütern wie Medikamenten, Impfstoffen, Schutzausrüstungen und Lebensmitteln in Europa versorgt. Unsere Unternehmen müssen durch politische Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und gleichzeitig ihren Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele und einer insgesamt nachhaltigeren Wirtschaftswelt zu leisten.

3. Neue Souveränität „Made in Niedersachsen“

Unsere Souveränität in zentralen, strategisch wichtigen Forschungs- und Technologiebereichen muss weiter verstärkt werden. Dazu gehört, die Chancen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantentechnologie, Cybersicherheit, Medizin, Mobilität, regenerative Energien, Dekarbonisierung und eine gesunde Ernährung noch stärker zu fokussieren. Durch eine flexible Transferstrategie wollen wir gewährleisten, dass nicht nur bahnbrechende Ideen, sondern auch bahnbrechende Produkte „Made in Niedersachsen“ die Entwicklung zentraler Zukunftsfelder prägen.

44 **4. Der Erfindergeist der Niedersachsen**

45 Einer der bedeutendsten Rohstoffe unseres Landes ist der Erfindergeist der Niedersachsen. Dafür
46 brauchen wir ein gesellschaftliches Klima und politische Rahmenbedingungen, aber auch Freiräume, die
47 Leistung und Innovation stärker fördert. Schulen und Universitäten und weitere Bildungs- und
48 Forschungseinrichtungen müssen sich noch stärker der Exzellenz und dem Leistungsgedanken verpflichtet
49 fühlen und entsprechend gefördert werden. Die Lösungen und Innovationen, die hierzulande entwickelt
50 werden, tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Das war so und wird auch nach der Corona-Krise so
51 sein.

52 **5. Technologische Wettbewerbsvorteile**

53 Technologiebasierte Wettbewerbsvorteile müssen erhalten werden. Hierfür fehlen derzeit abgestimmte
54 Konzepte, die alle relevanten Akteure sinnvoll integrieren. Es sollen daher mehr nationale und europäische
55 Lösungen angestrebt werden, z.B. bei der Datenspeicherung, bei Serverfragen oder der
56 Mobilfunktechnologie. Weisungsabhängige, subventionierte Staatskonzerne dürfen in diesem
57 Zusammenhang keinen wesentlichen Einfluss gewinnen.

58 Viele Unternehmen unseres Landes stehen vor erheblichen existenzgefährdenden Herausforderungen. In
59 der Herzkammer der deutschen Industrie brechen Zulieferer und Absatzmärkte weg. Um den
60 Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, aktivieren sie Reserven oder verschulden sich. Dies wird in den
61 kommenden Jahren Liquidität binden, die für Innovationsprojekte fehlt. Dies führt zu einer Schwächung
62 der Wettbewerbsposition. Hier müssen wir wieder aufholen.

63 **6. Kein einfaches zurück vor die Krise, sondern mit Innovation in die Zukunft**

64 Nie war Innovation so wichtig wie heute. Schon vor Corona befand sich ein großer Teil der
65 niedersächsischen Unternehmen inmitten eines umfassenden Transformationsprozesses. Es ist daher von
66 zentraler Bedeutung, mit einer technologieorientierten Industrie- und Mittelstandspolitik die
67 Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der Wirtschaft zu steigern.

68 Niedersachsen muss führender Technologie-, Industrie- und Handwerksstandort bleiben. Das ist unser
69 Ziel. Wir brauchen aber keine Rückkehr zur Situation vor der Krise. Unsere Wirtschaft soll nach der Krise
70 innovativer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger sein als zuvor. Hier muss Niedersachsen voran gehen.

71 All diese Beispiele erfordern neben neuen Produkten zumeist auch stark veränderte betriebliche Prozesse
72 und führen zu erheblichen Anpassungen und Veränderungen in Liefer- und Wertschöpfungsketten. Diese
73 gilt es, zügig und mit Unterstützung der Politik voranzutreiben. Den Belegschaften unserer Betriebe
74 müssen begleitend jetzt Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die beim Neuaufbau der
75 Unternehmen nötig sind. Hierbei sollten betriebliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung stärker
76 vernetzt und berufsbegleitende (Online)Angebote deutlich ausgebaut werden.

77 **I. Niedersachsen geht voran – Unser Weg im Land**

78 **Arbeit, Wirtschaft und Beschäftigung**

79 Die Veranstaltungs- und Freizeitbranche, die Kreativwirtschaft, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft
80 waren von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer Weise betroffen. Sie durften aus Gründen des
81 Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie waren über Monate hinaus nicht oder
82 kaum geschäftlich tätig. Marktwirtschaftliche Lösungen und Kredite allein bringen diesen
83 Wirtschaftsbereichen keinen schnellen Aufschwung. Schausteller, Freizeitparks, Messebauer, Diskotheken
84 und Clubs waren vor der Krise feste Bestandteile unseres Wirtschaftslebens und sollen es auch nach der
85 Krise wieder sein.

86 Die Gastronomie hat durch die mehrwöchige Schließung sowie langfristigen Auflagen und die
87 Zurückhaltung der Gäste besonders hohe Umsatzausfälle zu verkraften, die oftmals existenzbedrohend
88 sind. Damit die Betriebe einen Teil dieser Ausfälle kompensieren können, hat der Gesetzgeber die
89 Mehrwertsteuer auf Speisen vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 auf den verminderten Steuersatz von 5
90 % abgesenkt. Da innerhalb dieses Zeitraums deutlich niedrigere Umsätze als in den Vorjahren zu

91 erwirtschaften sind, erzielt diese Maßnahme nicht ihre volle Wirkung. Sie sollte daher mindestens bis zum
92 31. Dezember 2023 verlängert werden.

93 Für Unternehmen, denen staatliche Kredite über Monate nicht helfen, weil die wirtschaftliche Perspektive
94 fehlt, muss der Zugang zu Verfahren im Vor-Insolvenzbereich, wie z.B. das Schutzschirmverfahren
95 erleichtert werden. Zudem sollten die Bedingungen dieser Verfahren an die Corona-Krise und die
96 besonders betroffenen Branchen angepasst werden. Ziel ist es, die Gläubiger wie Vermieter und Banken
97 an einen Tisch zu holen, um die Umsatzausfälle auf mehrere Schultern aufzuteilen.

98 Unternehmen brauchen eine Startchance aus der Corona-Krise. Die Programme zur Liquiditätshilfe
99 werden gezielt erweitert auf Gründungskredite für Unternehmen, die aus Corona-bedingten Insolvenzen
100 heraus neu gegründet werden. In der Planungsphase befindliche Gründungen sollten verbesserte Anreize
101 zur Gründung erhalten. Bestehende Instrumente müssen aufgestockt und um weitere Finanzinstrumente
102 ergänzt werden. Denkbar sind auch Sonderregelungen für diese Unternehmen in bestehenden
103 Förderprogrammen. Um Start-ups und innovationsinteressierten Unternehmen in der
104 Transformationsphase unter die Arme zu greifen, muss der Zugang zu Innovationen sowie eine finanzielle
105 Förderung moderner Technik erleichtert werden. Hierzu zählt auch eine Ausweitung des Digitalbonus und
106 die Ausweitung des Wagniskapitalfonds NSeed.

107 Um auch weiterhin das niedersächsische Handwerk zu stärken, soll die in der Corona-Krise geänderte
108 Wertgrenzenverordnung für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen durch den
109 öffentlichen Auftraggeber beibehalten werden.

110 **Mobilität der Zukunft aus Niedersachsen**

111 Die Automobilindustrie war und ist Beschäftigungsgarant und Innovationsmotor für unser Bundesland.
112 Rund 250.000 Arbeitsplätze hängen in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Das sind
113 30% der Industriearbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sichern unseren Wohlstand.

114 Die Automobilwirtschaft befand sich schon vor der Corona-Krise vor dem grundlegendsten Wandel ihrer
115 Geschichte. Nach wie vor gilt: Wenn Deutschland auf dem internationalen Markt bestehen will, müssen
116 wir den Wandel zu einer klimaschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich und auch sozial verträglich
117 schaffen. Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der CO2 Emissionen
118 ist Schlüsselfaktor dafür, dass wir unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben
119 können. Eine ideologisierte Reduzierung auf die E-Mobilität lehnen wir ab. Wir stehen für die Ergänzung
120 verschiedener Antriebstechnologien.

121 Wer den Automobilmarkt der Zukunft beherrschen will, muss wissen, dass das Geschäftsmodell „richtig
122 gute Autos bauen und verkaufen“ massiv unter Druck steht. Die Digitalisierung erfordert auch im
123 Mobilitätssektor ein Umdenken. Wir reden zukünftig eher über ein Smartphone auf Rädern
124 beziehungsweise über ein Auto mit einem Hochleistungsrechner.

125 Die Wertschöpfung im Automobilssektor verschiebt sich von der Hardware auf die Software. Es wird
126 zukünftig auch im Mobilitätsbereich um datengestützte Dienstleistungen gehen. Wenn in Niedersachsen
127 die Automobilwirtschaft der Zukunft entstehen soll, dann müssen wir auch das Land sein, das die
128 zukunftsweisendsten Apps entwickelt. Auch die Mobilitätsdienstleistungen der Zukunft müssen bei uns
129 entstehen.

130 Daher wollen wir in Niedersachsen die besten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und den
131 Absatz von alternativen Antriebstechnologien sowie digitaler Anwendungen schaffen.

132 **Digitale Chancen – Schule, Ausbildung und Studium**

133 Der digitale Wandel wird auch das digitale Lernen in unseren Schulen verändern. Schule und Bildung
134 müssen angesichts der fundamentalen Veränderungsprozesse neu gedacht werden. Kinder und
135 Jugendliche benötigen eine vertiefte digitale Bildung. Sie müssen befähigt werden, sich in der digitalen
136 Welt zurecht zu finden, um verantwortungsbewusst mit den neuen Technologien umgehen zu können.
137 Informatik und Medienkompetenz sind für die nächsten Generationen essenzielle Bausteine für ein
138 erfolgreiches Bestehen in der Arbeitswelt. Dazu ist es allerdings unerlässlich, dass die notwendige

139 Infrastruktur an unseren Schulstandorten geschaffen wird und sich unsere Schulen in digitale Lernorte
140 wandeln. Das Land Niedersachsen muss dafür die notwendigen Investitionen anschieben und gemeinsam
141 mit den Kommunen dafür sorgen, dass neben der Infrastruktur auch die Umsetzung und Implementierung
142 von Software und Knowhow, in enger Abstimmung mit dem Lehrpersonal, funktioniert. Dafür braucht es
143 neben einem erheblichen Fortbildungsangebot auch gegenseitiges Training innerhalb der Schulen und
144 weitere Schul-IT-Systemadministratoren. Das digitale Sommersemester verdeutlicht die Chancen, aber
145 auch die Herausforderungen, die in der niedersächsischen Hochschullandschaft zu adressieren sind.

146 Besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der beruflichen Bildung, die junge Menschen einerseits zu
147 einem Einstieg in das Berufsleben befähigen soll und andererseits sie darauf vorbereiten muss, dass das
148 lebenslange Lernen ihren beruflichen Lebensweg begleiten wird. Gerade vor dem Hintergrund sich schnell
149 wandelnder technischer Prozesse in der Arbeitswelt und der enormen Zunahme von Informationen und
150 dem digitalen Wandel in allen Wirtschaftsbereichen kommt der beruflichen Bildung eine Schlüsselfunktion
151 zu. An berufsbildenden Schulen sind digitale Medien nicht nur Lerninhalte, sondern digitale Prozesse
152 werden auch zum Inhalt des Unterrichts. Daher müssen alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen
153 Endgeräten erhalten. Die überbetrieblichen Bildungsstätten sind auf ihrem Weg zu digitalen Lehr- und
154 Technologietransferzentren zu unterstützen. Ein weiterer Baustein ist die Weiterbildung in der modernen,
155 in ständiger Veränderung begriffenen Arbeitswelt. Über den Digitalpakt hinaus müssen wir gewährleisten,
156 dass dezentraler digitaler Unterricht für alle Schüler angeboten wird. Das gilt für Krisenzeiten, aber auch
157 zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten.

158 Nach unserem Grundprinzip des Förderns und Forderns müssen wir neben den Angeboten für
159 Bildungsbenachteiligte auch Konzepte für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler entwickeln, die
160 verhindern sollen, dass durch Unterforderung die Lust am Lernen vergeht.

161 Wir wollen in die Köpfe unseres Landes investieren. Wer ordentlich lernen will, benötigt ein gutes Umfeld
162 und vernünftige Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir ein umfangreiches Schul- und
163 Hochschulanerkerungsprogramm sowie ein entsprechendes Programm zur Weiterentwicklung der
164 überbetrieblichen Bildungszentren auf den Weg bringen, welches nicht nur die bautechnischen und
165 energetischen Erfordernisse im Blick hat. Es muss auch um die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten
166 Standards wie Schultoiletten, Hygiene, Heizung und Klimaanlage gehen. Mit einer wissenschaftlichen
167 Begleitung von Pilotprojekten des digitalen Planens und Bauens können langfristig erhebliche
168 Effizienzgewinne erreicht werden. Angesichts zunehmend begrenzter finanzieller Spielräume müssen
169 ÖPP-Projekte ernsthaft erwogen werden.

170 II. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Deutschland

171 Den Fuß weg vom Bremspedal – Bürokratie abbauen

172 Wir wollen Bürokratie abbauen! Bürokratische Strukturen und Prozesse verschlanken und digitalisieren,
173 aber auch das Verständnis für notwendige Verwaltung entwickeln. Alles, was nicht existenziell ist und
174 zusätzlich belastend wirkt, muss auf Eis gelegt werden.

175 Es gibt eine ganze Reihe von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, die in der Corona-Krise besser
176 gelaufen sind als im Normalzustand und die es zu erhalten gilt. Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge
177 wurde vereinfacht. Auch Ladenöffnungszeiten am Sonntag wurden in der Krise flexibel gehandhabt und
178 ausgeweitet, sogar an den Feiertagen. Ebenso sinnvoll waren die Hinzuverdienstmöglichkeiten für
179 Kurzarbeiter in allen Berufen. Die Ausweitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und die Verkürzung
180 von Ruhezeiten haben sich als wirksam erwiesen. Sie sind vor dem Hintergrund einer weiter flexibler
181 gewordenen Arbeitswelt dringend erforderlich.

182 Die Erleichterungen für die Wirtschaft, die sich als wirksam erwiesen haben, sollten wir jetzt auch in der
183 Phase des Wiederaufbaus beibehalten und ggf. sogar ausweiten. Die Unternehmen brauchen wieder Luft,
184 um ordentlich zu wirtschaften, wovon ihre Kunden, ihre Beschäftigten, die Sozialkassen und der Staat
185 profitieren. Dazu gehört ein Abbau der Überregulierung in unserem Land.

186 Wir brauchen eine beschleunigte Gesetzgebung, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in
187 Deutschland zurückzugewinnen. Wir brauchen vor allem Gesetze, die Freiheit schaffen. Wir müssen

188 Verordnungen und Vorgaben aufheben, die durch den Versuch, möglichst alle und jeden einzubinden, zu
189 Mehrfachbeteiligungen und überlangen Verfahrensdauern führen. Jahrzehntelange
190 Genehmigungsverfahren helfen gerade bei wichtigen Infrastrukturprojekten niemandem. Ein wichtiger
191 Schritt dabei ist die europarechtskonforme Wiedereinführung der materiellen Präklusion also dem
192 Ausschluss nicht zeitgerecht vorgebrachter Einwendungen. Die Ausweitung der Klagerechte von nicht
193 unmittelbar betroffenen Organisationen jeder Art muss zurückgeführt werden. Im Kern soll nur der klagen
194 können, dessen Rechte unmittelbar betroffen sind.

195 Das Land und möglichst auch der Bund richten eine digitale Meldestelle für überflüssige Bürokratie ein.
196 Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, konkrete Angaben zu überflüssiger Bürokratie zu
197 machen. Wichtig ist insbesondere, dass alle begründeten Eingaben geprüft und beantwortet werden.
198 Dokumentationspflichten, etwa im Gesundheitswesen, der Pflege, aber auch bei nicht unmittelbar
199 gesundheitsgefährdenden (Lebensmittel-)Produktionen werden so gestaltet, dass nur noch die Prozesse
200 dokumentiert werden müssen, nicht aber jeder einzelne Handgriff. Ziel ist die Reduzierung des
201 Zeitaufwands um mehr als 50 Prozent. Neue Technologien müssen vorrangig eingesetzt werden (digitale
202 Protokollierung).

203 **Ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht – Unternehmen und Erwerbstätige entlasten**

204 Deutschland braucht jetzt mehr denn je ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Im Vergleich zu anderen
205 Industrieländern werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu stark belastet. Unter
206 Einbeziehung des Solidaritätszuschlages und der Gewerbesteuer ist die Steuerbelastung der
207 Kapitalgesellschaften auf bis zu 35 Prozent und die Steuerbelastung der Personengesellschaften auf 45
208 Prozent gestiegen. Zugleich hat die Progression des Einkommenssteuertarifs eine immer stärkere
209 Belastung auch niedriger und durchschnittlicher Einkommen bewirkt. Daher lehnen wir Steuererhöhungen
210 ab.

211 Für den Standort Deutschland ist diese hohe Steuerbelastung schädlich. In der aktuellen Wirtschaftskrise
212 wird sie zu einer erheblichen Belastung und behindert die schnelle Bewältigung der Corona-Folgen. Daher
213 ist eine Steuersenkung der Unternehmen notwendig, um die Attraktivität des Standorts Deutschland
214 weiterhin zu sichern. Wir wollen die Belastung von in Unternehmen verbleibenden Gewinnen auf maximal
215 25% senken. Dies muss für Kapital- und Personengesellschaften gleichermaßen gelten. Erforderlich ist
216 daher:

- 217 • Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 10%,
- 218 • die Verbesserung der bestehenden Thesaurierungsmöglichkeit nach § 34a EStG durch eine
219 Absenkung des Thesaurierungssteuersatzes auf 20% und
- 220 • die Umsetzung eines Optionsmodells für Personengesellschaften.

221 Die Corona-Krise hat auch gezeigt, dass das Steuerrecht im Bereich der Verlustverrechnung deutlich zu
222 restriktiv ist. Zudem waren die Vorgaben zur Verlustverrechnung immer wieder Bestandteil
223 höchstrichterlicher Rechtsprechung. Daher gehört die gesamte Verlustverrechnung auf den Prüfstand. Wir
224 wollen eine umfangreiche Neuregelung. Dazu fordern wir:

- 225 • eine umfassende Neuregelung der Verlustabzugsbeschränkungen bei der Übertragung von
226 Anteilen an Kapitalgesellschaften,
- 227 • einen Abbau der Mindestbesteuerung nach §10d Abs. 2 EStG und
- 228 • eine Verbesserung des Verlustrücktrags bezogen auf den Zeitraum und dessen Höhe.

229 Wir wollen Verbesserungen bei der steuerlichen Behandlung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und
230 bei den steuerlichen Zinssätzen. Die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter ist ein
231 wichtiger Baustein zur Entlastung von kleineren und mittleren Unternehmen. Sie wirkt sich zugleich
232 positiv auf die Liquidität der Unternehmen aus. Die steuerlichen Zinssätze liegen aktuell deutlich über dem
233 marktüblichen Niveau und stellen daher eine besondere Belastung für Unternehmen dar. Daher fordern
234 wir:

- 235 • die Betragsobergrenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern von derzeit 800 Euro auf 1.000 Euro
236 zu erhöhen,
- 237 • die Grenze zur Verbuchung der Anschaffung als sofortigen Aufwand von 250 Euro auf 400 Euro
238 weiter zu erhöhen,
- 239 • den sogenannten Sammelposten attraktiver zu machen und die Grenze auf 3.000 Euro anzuheben
240 und
- 241 • die steuerlichen Zinssätze auf ein marktübliches Niveau zu reduzieren.

242 Wir müssen zusätzlich die Belastung von Erwerbstätigen, vor allem bei unteren und mittleren Einkommen
243 verringern. Daher fordern wir:

- 244 • eine Reform des Einkommensteuertarifs durchzuführen, um die niedrigen und mittleren
245 Einkommensgruppen deutlich zu entlasten und im Gegenzug – aber nur in Kombination mit der
246 zeitgleichen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags – die höchste Tarifzone stärker zu
247 belasten,
- 248 • Investitionen durch die Verlängerung steuerlicher Investitionszeiträume zu sichern, eine Erhöhung
249 der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer.

250 **Innovationen aus Deutschland**

251 Deutschland ist zwar Innovationsweltmeister, nutzt aber die Erfindungen nicht hinreichend. Der Bund
252 muss mehr Marketing für Innovationen „Made in Germany“ betreiben. Ziel muss es sein, die ganze
253 Wertschöpfungskette einer Innovation in Deutschland zu sichern: Massenmarktreife, Vertrieb und
254 Produktion in Deutschland. Ebenso notwendig ist es, die steuerliche Forschungsförderung zu verbessern.
255 Wir brauchen zusätzliche Anreize für große Unternehmen, damit diese zukünftig mehr Forschungsprojekte
256 in Deutschland ansiedeln. Für hohe Forschungs- und Entwicklungsausgaben käme ein degressiver
257 Fördersatz in Betracht.

258 Wir brauchen eine höhere nationale Souveränität der Wertschöpfungsketten, damit die
259 Versorgungssicherheit des Standorts Deutschland mit kritischen Gütern sichergestellt wird. Für
260 bestimmte Güter wird eine inländische oder europäische Produktion unumgänglich sein, damit wir nicht
261 von anderen Ländern abhängig sind. Hierzu soll eine stärkere Orientierung von Förderprogrammen auf
262 (Sprung-) Innovationen, Transfer und Zukunftsfelder beitragen. Es ist wünschenswert, wenn
263 Förderverfahren vereinfacht und beschleunigt werden und der Zugang von Unternehmen und
264 Forschungsverbänden erleichtert werden könnte.

265 Es gilt, die Innovationsgeschwindigkeit, z.B. bei Arzneimitteln und Impfstoffen, deutlich zu beschleunigen.
266 Wir brauchen eine Neudefinition der Aufgaben des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im
267 Gesundheitswesen. Die gesetzliche Privilegierung von nicht patentgeschützten Medikamenten wird
268 beseitigt. Gentechnologische Arzneimittelforschung wird Forschungsschwerpunkt der öffentlichen
269 Förderung. Auf Landesebene sind begleitend, die Einrichtungen der Infektionsforschung, stärker zu
270 vernetzen und Forschungsprojekte zu fördern.

271 Wasserstoff muss als Energieträger von der Produktion, über den Transport bis zum Verbraucher gefördert
272 werden. Grüner Wasserstoff ist zugleich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

273 Erste Schritte müssen vom Staat erfolgen:

- 274 • Umstellung des Fuhrparks des Bundes und der Länder auf Wasserstofffahrzeuge bis 2025.
- 275 • Bau von Wasserstofftankstellen auf öffentlichen Liegenschaften oder entsprechende
276 Kooperationen für den Ausbau auf bereits vorhandenen Tankstellen.
- 277 • Unterstützung von innovativen Unternehmen und Projekten, die CO₂-intensive Fertigungen
278 klimafreundlich umstellen.

279 Wir fördern den Einsatz von Smart Farming-Technologien, um eine krisenfeste Versorgung der heimischen
280 Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern und unsere Landwirtschaft nachhaltiger und tiergerechter zu

281 gestalten. Wir setzen uns für die Nutzung moderner Züchtungstechnologien mit Augenmaß ein, da sie die
282 Grundlage für eine erfolgreiche Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und die Reduktion des
283 Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bilden. Die vielfältige und leistungsfähige Agrarforschung in
284 Niedersachsen wollen wir stärken und weiter ausbauen.

285 Die kommunale Ebene muss mehr Gestaltungsspielraum im Hinblick auf die personelle Ausstattung,
286 insbesondere für die Durchführung von Planungsverfahren und die Umsetzung der Digitalisierung,
287 erhalten. Dazu müssen wir die Möglichkeiten im Tarifvertrag der Länder für bestimmte Mangelberufe
288 verbessern.

289 **III. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Europa**

290 Wir sind überzeugt, dass die aktuelle Corona-Krise nicht nur die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik der
291 Mitgliedstaaten der Europäischen Union herausfordert, sondern auch eine Bewährungsprobe der
292 Europäischen Union als Rechts- und Staatengemeinschaft darstellt. Dieser wollen wir uns entschlossen
293 stellen und mit den 27 Mitgliedstaaten sowie den Europäischen Institutionen die Krise meistern und die
294 Chancen ergreifen.

295 Die Corona-Krise stellt eine besondere Herausforderung für die Europäische Kohäsionspolitik dar. Die
296 gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen weiterhin enorme Unterschiede in Europa.
297 Wir wollen einen neuen Impuls für Europa setzen, der im Rahmen der Kohäsionspolitik die
298 Krisenstandhaftigkeit aller Mitgliedstaaten und somit der gesamten Union erhöht. Die CDU in
299 Niedersachsen fordert daher, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen der EU in der neuen
300 Förderperiode ab 2021 diese neue Lage berücksichtigt.

301 Für kleine und mittlere Unternehmen, die häufig nicht über ausreichende personelle und finanzielle
302 Ressourcen verfügen, ist eine Unterstützung bei der Beantragung und Durchführung von
303 anspruchsvolleren Innovationsprojekten erforderlich. Niedersachsen sollte es als eine strategische
304 Investition in seinen Mittelstand ansehen, diese Unternehmen personell, qualifizierend und finanziell zu
305 unterstützen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die erforderliche Transformation zügig
306 herbeizuführen.

307 Gerade in den jetzt zu erwartenden Zeiten knapper Liquidität bei Unternehmen und öffentlichen
308 Haushalten sollte es Ziel einer klugen Innovationspolitik für Niedersachsen sein, das gesamte
309 Förderinstrumentarium der EU und des Bundes für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen
310 nutzbar zu machen und den jeweils besten Mix an Förder- und Finanzinstrumenten für innovative
311 Unternehmen und Forschungseinrichtungen bereitzustellen. Landesmittel sollten nur komplementär
312 eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist.

313 Der Binnenmarkt muss geschützt und gestärkt werden. Sicherheit und Stabilität ist in unserem globalen
314 Umfeld nur gemeinsam auf der europäischen Ebene erreichbar.

315 Das positive Umfeld für Unternehmensgründungen muss weiter ausgebaut werden, nicht nur mit
316 finanziellen Förderungen, sondern auch durch unkomplizierte und transparente Rechtsvorschriften der
317 EU, die stets am Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert bleiben. Hierzu ist der Zugang
318 zu wissenschaftlichen Innovationen für kleine und mittlere Unternehmen in Mittelstand und Handwerk zu
319 erleichtern und hochschulnahe Ausgründungen zu unterstützen.

320 Wir stehen hinter dem Plan der Europäischen Kommission, Mitgliedstaaten und Branchen zu unterstützen,
321 die durch die Covid-19-Pandemie besonders hart getroffen wurden. Zuwendungen der EU müssen dabei
322 immer als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert sein und die Wirtschaft der Mitgliedstaaten bzw. Branchen
323 nachhaltig stärken. Die hierfür erstmals in der Geschichte der EU beabsichtigte Kreditaufnahme muss eine
324 Ausnahme bleiben und ist ausschließlich vor dem Hintergrund der akuten Bedrohung der
325 gesamteuropäischen Volkswirtschaft und somit der grundlegenden Freiheiten der Europäischen Union
326 durch die Pandemie zu rechtfertigen. Einen Einstieg in die Finanzierung von EU-Haushalten durch
327 Kreditemächtigungen lehnen wir ab.

328 Die Covid-19-Pandemie hat uns aufgezeigt, wie abhängig wir in Deutschland und Europa von der
329 globalisierten Welt sind. Wichtige medizinische und pharmazeutische Güter wurden zur Mangelware. Wir

330 fordern daher die Europäische Kommission auf, eine gesamteuropäische Pharma- und Medizinstrategie zu
331 entwickeln, die darauf hinwirkt, Schlüsselbereiche der Produktion und Forschung in Europa anzusiedeln.
332 Medikamente und Medizinprodukte müssen auch wieder vor Ort produziert werden.